

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 72 (1981)

Heft: 8

Rubrik: Neues aus dem Bundeshaus = Nouvelles du Palais fédéral

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

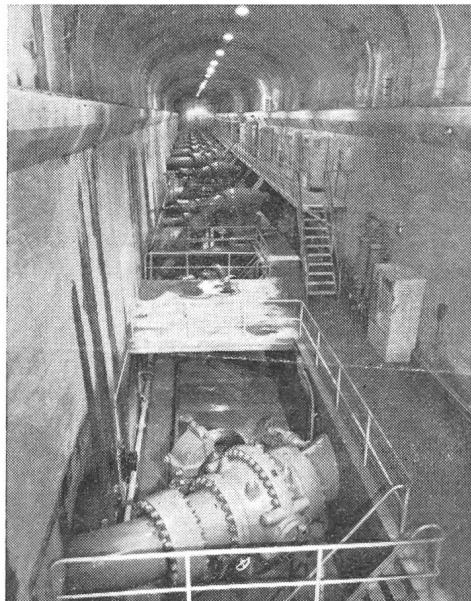
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tragen zu müssen. Die jahrzehntelange steuerbehördliche Anerkennung der Ertragsermittlung auf der Basis der verrechneten Gesteungskosten sei ein weiteres Indiz dafür, dass von einer unzulässigen Verminderung der Steuerlasten bzw. einer verdeckten Gewinnausschüttung zugunsten der Gesellschafter der Partnerwerke nicht gesprochen werden könne.



Schieberkammer in der Kavernenzentrale Tierfeld des Kraftwerkes Linth-Limmern

Eindrücklicher Bedarfsanstieg im Winter 1980/81

In den ersten fünf Monaten des Winterhalbjahres 1980/81 hatten die NOK, wie Direktor Erich Heimlicher bekanntgab, im Vergleich zum vorhergehenden, milden Winter einen Bedarfsanstieg von kaum je erreichter Höhe zu verzeichnen. Im Dezember 1980 waren 19,5% mehr und im Februar 16% mehr zu liefern als im entsprechenden Vorjahresmonat. Dabei entfiel der grössere Teil auf die Nachtstunden, was darauf schliessen lässt, dass weite Kreise der Bevölkerung mit der Verminderung des Erdölverbrauchs Ernst machen und für die Raumheizung zum Teil Elektrizität verwenden. Würde anstelle der elektrischen Widerstandsheizung noch vermehrt die elektrisch angetriebene Wärmepumpe verwendet, so liesse sich sowohl das Postulat der Erdölsubstitution als auch des Energiesparens gleichzeitig erfüllen.

Für die Zukunft sei der Bau mindestens eines weiteren grossen Kraftwerks nötig, was die Behörden bei der Beurteilung des Berichts der Eidgenössischen Energiekommission mitberücksichtigen müssten. Weder Szenarien noch Potentiale könnten an der Wirklichkeit, die in den vergangenen Monaten manifest wurde, vorbeiführen. In der Eidgenössischen Energiekommission scheine wenigstens in dem Punkte Einigkeit zu herrschen, dass die Erdölabhängigkeit für unser Land unerträglich geworden sei – doch werde der «Schwarze Peter» dem Bundesrat zugespielt. *Ci*

Elektrizitäts- und Wasserwerk der Gemeinde Suhr

Der Betriebsleiter des Elektrizitäts- und Wasserwerkes, Herr Leo Schneider, Elektroingenieur HTL, wurde auf Ende März 1981 pensionsberechtigt. Er hat während rund 35 Jahren die kommunalen Technischen Betriebe mit Erfolg auf- und ausgebaut. Sein Nachfolger, Herr Kurt Meier, Elektroingenieur HTL, zurzeit in Huttwil, trat die Betriebsleiterstelle am 1. April 1981 an.

Neues aus dem Bundeshaus – Nouvelles du Palais fédéral



Botschaft des Bundesrates über Grundsatzfragen der Energiepolitik

1. Der vorgeschlagene Verfassungsartikel

Der Bundesrat schlägt die Schaffung eines Energieartikels in der Bundesverfassung mit folgendem Wortlaut vor:

Art. 24octies (neu)

1. Der Bund kann zur Sicherung einer ausreichenden, wirtschaftlichen und umweltschonenden Energieversorgung

- a) Grundsätze aufstellen für die sparsame und rationelle Energieverwendung;
- b) Vorschriften erlassen über den Energieverbrauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten;
- c) die Entwicklung von Techniken fördern, die der sparsamen und rationellen Energieverwendung, der Nutzung neuer Energien und der breiten Fächerung der Energieversorgung dienen.

2. Der Bund berücksichtigt bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Erfordernisse der sparsamen und rationellen Energieverwendung sowie einer breitgefächerten Energieversorgung.

Artikel 24bis und 26bis der Bundesverfassung sollen wie folgt geändert werden:

Art. 24bis Abs. 1, Buchstabe b

die Benutzung der Gewässer zur *Energiegewinnung* und für Kühlzwecke;

Art. 26bis

Die Gesetzgebung über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe *sowie zur Fernwärmeversorgung* ist Bundessache.

Message du Conseil fédéral concernant les principes de la politique énergétique

1. L'article constitutionnel proposé

Le Conseil fédéral propose un article constitutionnel sur l'énergie ayant la teneur suivante:

Art. 24octies (nouveau)

1. Afin d'assurer un approvisionnement en énergie suffisant, économique et ménageant l'environnement, la Confédération peut

- a) établir des principes permettant d'utiliser l'énergie de manière économe et rationnelle;
- b) édicter des prescriptions sur la consommation d'énergie des installations, des véhicules et des appareils;
- c) encourager le développement de techniques permettant d'utiliser l'énergie de manière économe et rationnelle, de recourir à des énergies nouvelles et de diversifier largement l'approvisionnement.

2. Dans l'accomplissement de ses tâches, la Confédération tient compte des exigences d'une utilisation économe et rationnelle de l'énergie et d'une large diversification de l'approvisionnement en énergie.

L'article 26bis de la constitution serait modifié comme suit:

Art. 26bis

La législation sur les installations de transport par conduites de combustibles ou de carburants liquides ou gazeux *ainsi que pour le chauffage à distance* est du domaine de la Confédération.

La politique énergétique proposé par le Conseil fédéral est fondée essentiellement sur les recommandations de la *Commission de la conception globale de l'énergie* (CGE) et sur les résultats de la *consultation* relative au rapport final de la CGE.

Der bundesrätliche Antrag zur Gestaltung unserer zukünftigen Energiepolitik beruht im wesentlichen auf den Empfehlungen der *Eidgenössischen Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK)* und auf den Resultaten der *Vernehmlassung* zum Schlussbericht der GEK.

2. Grundsätze der Energiepolitik

Energiepolitik ist eine nationale Aufgabe. Sie soll auf die bestehenden *föderalistischen Grundsätze* ausgerichtet werden. Die bereits angelaufenen energiepolitischen Anstrengungen der Kantone sollen vermehrt unterstützt werden. Ein enumerativer Verfassungsartikel, welcher die Bundeskompetenzen auf das Erforderliche beschränkt und die Kantone zu einem koordinierten energiepolitischen Handeln anhält, soll dazu beitragen, dass Bund und Kantone die ihnen zukommenden Aufgaben in enger Zusammenarbeit erfüllen können.

Unsere Energiepolitik muss in die bestehende *Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung* eingegliedert bleiben. Der vorgeschlagene Verfassungsartikel gibt dem Bund keine Kompetenzen für Massnahmen, welche die Wahl bestimmter Energieträger vorschreiben. Es sollen insbesondere Rahmenbedingungen geschaffen und marktkonforme Instrumente eingesetzt werden.

Der Bundesrat erachtet eine wirksame Energiepolitik als notwendig. Zur Sicherung einer ausreichenden, wirtschaftlichen und umweltschonenden Energieversorgung sind eine rationelle Energieverwendung und die vermehrte Nutzung der einheimischen, erneuerbaren Energieträger erforderlich. Daneben ist eine massvolle Erhöhung der Anteile der Kernenergie, der Kohle und des Erdgases im Sinne einer Diversifikation unserer Versorgung vorgesehen. Dies ist insbesondere auch notwendig, um das Risiko von Versorgungsengpässen zu vermindern, bis neue Technologien einen grösseren technischen und wirtschaftlichen Reifegrad erreicht haben.

3. Mögliche energiepolitische Massnahmen

a) Der vorgeschlagene Verfassungsartikel ermächtigt den Bund in *Buchstabe a, Mindestvorschriften zuhanden der Kantone* zu erlassen. Diese können von den Kantonen erweitert werden. Im Vordergrund stehen Vorschriften auf folgenden Gebieten:

- Wärmedämmung von neuen Gebäuden und bei bewilligungspflichtigen Renovationen;
- Anforderungen an Heizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen;
- Verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung;
- Bedarfsnachweis für Klima- und Lüftungsanlagen;
- Abwärmenutzung in Industrie und Gewerbe.

Es handelt sich im wesentlichen um Massnahmen, die den Kantonen schon bisher empfohlen wurden und im kantonalen Musterenergiegesetz des Bundesamtes für Energiewirtschaft vom Mai 1980 enthalten sind.

b) *Buchstabe b* ermöglicht den Erlass von *Vorschriften über den Energieverbrauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten*. In Betracht fallen Vorschriften über die Typenprüfung und Etikettierung von Fahrzeugen und Geräten mit Angaben über den Energieverbrauch und über den Treibstoffverbrauch von Motorfahrzeugen. Die EG prüft gegenwärtig die Möglichkeiten der Einführung der letztgenannten Massnahmen.

c) *Buchstabe c* schafft die Kompetenz, die *Entwicklung von Techniken* zur sparsamen und rationellen Energieverwendung, für die Nutzung neuer Energien und für eine breite Fächerung der Energieversorgung zu *fördern*. Daneben besitzt der Bund bereits die Kompetenz zur Forschungsförderung gestützt auf Artikel 27sexies BV.

d) Der Bundesrat will *Streusubventionen* verhindern und die energiepolitischen Förderungsmassnahmen auf Schwerpunkte ausrichten. Er erachtet es aber als unerlässlich, künftighin für die Energiepolitik *mehr finanzielle Mittel* einzusetzen als bis anhin. Heute wendet der Bund für die Energieforschung rund 80 Mio Franken pro Jahr auf. Der Bundesrat rechnet mit einem steigenden zusätzlichen Bedarf von 40-150 Mio Franken pro Jahr. Die Gesamtaufwendungen des Bundes im Energiebereich nehmen damit auf jährlich 120 bis 230 Mio Franken zu.

e) Die *erforderlichen Mittel* sollen nach Massgabe der energiepolitischen Bedürfnisse und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten aus dem allgemeinen Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Der Bundesrat sieht von der Erhebung einer neuen zweckgebundenen Energiesteuer ab.

2. Principes de la politique énergétique

La politique énergétique est une tâche nationale. Elle doit s'inspirer de nos *structures fédéralistes*. Il importe de mieux soutenir les initiatives prises par les cantons dans ce domaine. Un article constitutionnel énumératif les invitant à agir de façon concertée, mais limitant les attributions fédérales au strict nécessaire, aidera la Confédération et les cantons à remplir en étroite collaboration les tâches qui leur incombent.

Notre politique énergétique doit *rester incorporée dans l'ordre économique et social actuel*. L'article proposé ne permettra pas à la Confédération de prescrire le recours à un agent énergétique donné. Il importe en revanche de mettre en place un cadre et des moyens d'intervention conformes à l'économie de marché.

Le Conseil fédéral estime qu'il est nécessaire de suivre une politique énergétique efficace. Afin d'assurer un approvisionnement sûr, économique et respectueux de l'environnement, il est indispensable de parvenir à une utilisation plus rationnelle de l'énergie et de recourir davantage aux agents indigènes renouvelables. De plus, il est prévu d'accroître avec mesure les contributions du nucléaire, du charbon et du gaz naturel, pour mieux diversifier notre approvisionnement. Cela s'impose en particulier pour réduire le risque de pénurie, en attendant que de nouvelles techniques atteignent une plus grande maturité technique et économique.

3. Mesures possibles

a) La *lettre a* de l'article proposé permet à la Confédération d'édicter des *prescriptions minimales à l'intention des cantons*. Ceux-ci peuvent les renforcer. Elles porteraient avant tout sur les secteurs suivants:

- Isolation thermique des bâtiments neufs ou dont la rénovation est soumise à l'octroi d'une autorisation;
- Exigences concernant les équipements de chauffage et de production d'eau chaude;
- Facturation du chauffage d'après la consommation;
- Preuve du besoin des installations de ventilation et de climatisation;
- Utilisation des rejets de chaleur dans l'industrie et l'artisanat.

Il s'agit généralement de mesures que les cantons ont été invités à prendre et qui figurent dans le modèle de loi cantonale sur l'énergie, proposé en mai 1980 par l'Office fédéral de l'énergie.

b) La *lettre b* autorise des *prescriptions sur la consommation d'énergie par les installations, les véhicules et les appareils*. On peut envisager des prescriptions sur l'homologation ainsi que l'étiquetage des véhicules et des appareils, avec indication de leur consommation d'énergie. De telles mesures sont à l'étude au sein de la CEE.

c) La *lettre c* permet à la Confédération d'*encourager le développement de techniques* favorisant l'utilisation économe et rationnelle de l'énergie, le recours aux énergies nouvelles et une large diversification de l'approvisionnement. Simultanément, la Confédération a d'ores et déjà la possibilité de promouvoir la recherche en vertu de l'article 27sexies.

d) Le Conseil fédéral tient à éviter l'*éparpillement des subventions* et à octroyer son aide en fonction des priorités. Il estime cependant indispensable de libérer pour cela *des moyens financiers nettement plus importants* que par le passé. La Confédération consacre actuellement 80 millions de francs à la recherche énergétique. Le gouvernement prévoit que les besoins s'accroîtront de 40 à 150 millions de francs par an. Au total, la Confédération dépensera donc pour la politique énergétique 120 à 230 millions de francs par année.

e) *Les fonds* seront imputés au budget général, en fonction des besoins de la politique énergétique et des disponibilités financières. Le Conseil fédéral renonce à prélever un impôt sur l'énergie.

Wenn es um Transformatoren geht...



Ein Beispiel

für die Leistungsfähigkeit der Trafo-Union ist dieser 40-MVA-Netztransformator. Er ist bei natürlicher Kühlung bahntransportfähig. Sein Geräuschpegel liegt unter 45 dB (A).

Ein Sortiment

Trafo-Union liefert weltweit für jeden Bedarf den richtigen Transformator. Angefangen beim kleinsten Verteilungs-Transformator bis zum grössten Maschinentransformator von über 1000 MVA Leistung.

Ein Partner

Die Siemens-Albis AG vertritt die Trafo-Union in der Schweiz. Jahrzehntelange Erfahrung, das Know-how um die Besonderheiten im Schweizer Markt, verbunden mit dem Zugriff zu den Technologien eines weltweit tätigen Unternehmens, machen uns zu Ihrem kompetenten Partner in der Energietechnik.

Trafo-Union



Vertreten in der Schweiz durch:

Siemens-Albis AG
Energie-Erzeugung und -Verteilung
Freilagerstrasse 28
8047 Zürich, Tel. 01/247 31 11

1020 Renens, 021/34 96 31

6904 Lugano, 091/51 92 71

sprechen Sie mit Siemens-Albis

Wenn es um Giessharz-Transformatoren geht...



Ein Beispiel

für Qualität und Sicherheit ist unser GEAFFOL®-Transformator. Sichere und umweltfreundliche Technik für schwerpunktnahe Stromversorgung.

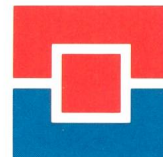
Ein Sortiment

Trafo-Union lieferte weltweit bereits mehr als 10'000 GEAFFOL®-Transformatoren, mit Leistungen von 50 KVA – 10 MVA bei Spannungen bis 36 kV.

Ein Partner

Die Siemens-Albis AG vertritt die Trafo-Union in der Schweiz. Jahrzehntelange Erfahrung, das Know-how um die Besonderheiten im Schweizer Markt, verbunden mit dem Zugriff zu den Technologien eines weltweit tätigen Unternehmens, machen uns zu Ihrem kompetenten Partner in der Energietechnik.

Trafo-Union



Vertreten in der Schweiz durch:

Siemens-Albis AG
Energie-Erzeugung und -Verteilung
Freilagerstrasse 28
8047 Zürich, Tel. 01/247 31 11
1020 Renens, 021/34 96 31
6904 Lugano, 091/51 92 71

sprechen Sie mit Siemens-Albis